



Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit Verarbeitung von Daten in Ordnungswidrigkeitenverfahren/Bußgeldverfahren.

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Durchführung von Verfahren nach dem OWiG, Verwaltung, Erstellen von Anhörungen, Bußgeldbescheiden verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind die §§ 110a folgende OWiG, § 49a folgende OWiG.

Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer Personenbezogenen Daten ist daher gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Sollten Sie die Daten nicht zur Verfügung stellen, müssen Sie mit einer für sie negativen Sachentscheidung rechnen.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von drei Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung im Verwaltungsverfahren.

Ihre personenbezogenen Daten werden ganz oder teilweise an Polizei, Kraftfahrzeugbundesamt, Ordnungsämter und Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg, Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg, kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)
Der Oberbürgermeister
Behördliche Datenschutzbeauftragte
– persönlich –
26105 Oldenburg

kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.



Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit Verarbeitung von Daten in Ordnungswidrigkeitenverfahren/Bußgeldverfahren.

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Durchführung von Verfahren nach dem OWiG, Verwaltung, Erstellen von Anhörungen, Bußgeldbescheiden verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind die §§ 110a folgende OWiG, § 49a folgende OWiG.

Wir haben die personenbezogenen Daten von Polizei, vom Kraftfahrzeugbundesamt, von Ordnungsbehörden und von Strafverfolgungsbehörden erhalten.

Es werden folgende Informationen über Sie gespeichert: Namen, Adressdaten, Kfz-Halterdaten, Fotos.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von 3 Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung im Verwaltungsverfahren.

Ihre personenbezogenen Daten werden ganz oder teilweise an Polizei, Kraftfahrzeugbundesamt, Ordnungsämter und Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg, Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg, kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter

Stadt Oldenburg (Oldb)
Der Oberbürgermeister
Behördliche Datenschutzbeauftragte
– persönlich –
26105 Oldenburg

kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.